

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1913

19.1.1913 (No. 18)



Karlsruher Zeitung

Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

No 18

Sonntag, den 19. Januar 1913

156. Jahrgang

Expedition:
Karl Friedrich-Str. 14 (Fernsprech-
anschl. Nr. 154), wofür auch Anzeigen
in Empfang genommen werden.

Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M 50 P;
durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 65 P.
Einrückungsgebühr: die 6mal gepaltene Petition oder deren Raum 25 P. Briefe und Gelder frei.

Unverlangte Drucksachen und Manuskripte
werden nicht zurückgegeben und es wird keine
Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung
übernommen.

Staatsanzeiger.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich gnädigt bewogen gefunden, dem kaufmännischen Direktor der Benz-Werke, Joseph Bredt in Mannheim, die untertänigst nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen des ihm verliehenen Ehren-Ritterkreuzes zweiter Klasse mit der silbernen Krone des Großherzoglich Oldenburgischen Haus- und Verdienstordens des Herzogs Peter Friedrich Ludwig zu erteilen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 10. Januar 1913 gnädigt geruht, den Obereisenbahnsekretär Wilhelm Raibel in Kenzingen zum Oberstationskontrollleur zu ernennen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 10. Januar 1913 gnädigt geruht, den Geheimen Oberfinanzrat Albert Danner bei der Oberrechnungskammer auf sein untertänigstes Ansuchen unter Ernennung zum Geheimrat II. Klasse in den Ruhestand zu versetzen.

Mit Entschließung des Ministeriums der Finanzen vom 16. Januar 1913 wurde Güterverwalter Philipp Lichtenberger in Offenburg nach Karlsruhe versetzt.

Mit Entschließung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen vom 2. Januar 1913 wurde Eisenbahnsekretär Konrad Krämer in Mannheim zur Zentralverwaltung in Karlsruhe versetzt.

Das badische Staatsschuldbuch betr.

Der Kurs für Bareinzahlungen auf 4prozentige Buchschulden beträgt bis auf weiteres 100,20 M. für 100 M. Buchschulden.

Karlsruhe, den 18. Januar 1913.

Großh. Staatsschuldenverwaltung.

Die Prüfung der Apotheker betr.

Zum Jahre 1912 wurde den nachbenannten Apothekern, welche die pharmazeutische Prüfung vor einer der Prüfungskommissionen in Heidelberg, Freiburg und Karlsruhe bestanden und die Bestimmungen über die Gehilfenjahre erfüllt hatten, die Approbation als Apotheker für das Gebiet des Deutschen Reichs erteilt:

- Härmann, Walter, von Borna (Bezirk Leipzig),
- Bommer, Friedrich Wilhelm, von Bergheim (Regierungsbezirk Köln),
- Boh, Georg, von Groß-Strehlitz (Schlesien),
- Dieterichs, Friedrich, von Frankfurt a. M.,
- Gisbach, Emil, von Altkirch (Elsaß),
- Fedor, Alexander, von Pasewalk (Pommern),
- Gampy, Franz Theodor, von Freiburg i. B.,
- Geiger, Friedrich Johann, von Lichtenau (Amt Kehl),
- Häusermann, Karl Philipp, von Pforzheim,
- Hirsch, Arthur, von Fische (Posen),
- Jung, Karl Ludwig, von Schenkenszell,
- Kadow, Walter, von Wisdroy (Pommern),
- Kahlenberg, Franz, von Kolberg (Pommern),
- Knobl, August, von Ober-Widdersheim (Hessen),
- Krafft, Karl, von Hayingen (Lothringen),
- Kupfer, Gustav, von Freiburg i. B.,
- Lampe, Otto, von Heidelberg,
- Lautenschlager, Ludwig Karl, von Karlsruhe,
- Macherey, Fridolin August, von Duren (Rheinland),
- Makenauer, Edmund, von Rastatt,
- Mehler, Hans, von Alzen,
- Meuret, Guzo, von Badnang,
- Münd, Otto, von Ober-Ingelheim,
- Neumann, Alfred, von Marggrabowa (Ostpreußen),
- Osterle, Karl, von Donaueschingen,
- Randebrod, Max, von Albeck (Preußen),
- Raupp, Otto Ludwig, von Konstanz,
- Röhr, Otto Paul, von Bromberg,
- Rothermel, Alfred, von Steinbach (Amt Bühl),
- Schachtner, Hans, von Dagsbüchen (Ostpreußen),
- Schels, Karl, von Blätting (Niederbayern),
- Schmider, Edgar, von Offenburg,
- Schmidtall, Walter, von Kilm a. B. (Westpreußen),
- Schmitz, Alfred, von Rheidt (Bezirk Düsseldorf),
- Schote, Kurt, von Mühlhausen i. E.,
- Serger, Karl, von Jüllschau a. d. D.,

Staeys, Alfred, von Dortmund,
Tritschler, Franz, von Pfaffenhofen a. S. (Ober-
bayern),

Dr. Welsch, August, von Konstanz,
Wichmann, Siegfried, von Bernigerode am Sarz,
Witz, Franz Gottfried, von Köln,
Wobitz, Kurt, von Bromberg,
Wöhle, Rudolf, von Kirch (Amt Lorrach),
Wolter, Erich, von Finsterwalde.

Karlsruhe, den 10. Januar 1913.

Großh. Ministerium des Innern.

S. A.:

Klab

Dr. Schübly.

(Fortsetzung des „Staatsanzeigers“ im 2. Blatt.)

Nicht-Amtlicher Teil.

Karlsruhe, 18. Januar.

* Politische Wochenrückblicke.

Der Schritt der Mächte in Konstantinopel.

Der Schritt der Mächte in Konstantinopel ist gestern erfolgt. Der Wortlaut der Mitteilung an die Pforte, der bis zum Augenblick noch nicht bekannt ist, scheint sehr sorgfältig überlegt worden zu sein. Die diplomatische Arbeit kommt vielleicht weniger in dem zum Ausdruck, was in der Mitteilung enthalten ist, als darin, was ausgeschrieben ist. Ob eine Flottenlandung von irgend einer Macht ernstlich geplant war, um dem Schritte Nachdruck zu geben, vermögen wir nicht zu sagen. Sie wäre jedenfalls nicht zweckentsprechend gewesen. Es befinden sich ohnehin Kriegsschiffe der Großmächte in den türkischen Gewässern; es hätte nach Lage der Dinge keinen Sinn gehabt, daß diese Schiffe eine Paradeaufstellung nahmen oder eine Paradeabfahrt machten; ein wirklich kriegerisches Vorgehen aber würde dem Zweck der Zusammenarbeit der Mächte widersprechen; diese geht nicht auf neues Blutvergießen aus, sondern auf Vermeidung von Blutvergießen. Auf die schließlich gewählte Form der Note hat das Votum der Londoner Vorkonferenz eingewirkt; dieser Vereinigung hat sie vorgelegen. Wenn sie schließlich den Türken den Verzicht auf Adrianopel und ferner die Überantwortung der ägäischen Inseln in die Hand der Mächte zumutet, so bedeutet das freilich, in einen sauren Apfel beissen zu müssen. Der türkische Patriotismus wird die ihm durch die militärische Lage und durch die Mächte gestellte Zumutung unter dem Gesichtspunkt betrachten müssen, daß ein Volk zuweilen Opfer bringen muß, um Schlimmeres abzuwenden. Noch beschränken sich die Opfer auf europäisches, nicht voll muslimanisches, Gebiet. Wenn der Krieg weiterginge, wäre die Türkei kaum imstande, Landungen der Griechen in Kleinasien zu hindern. Was an wehrfähiger Mannschaft in Kleinasien verfügbar war, ist in die Tschataldschalinie eingezogen. Die Türken und ihre Freunde müssen auch mit Besorgnis die Restruktionsbestrebungen an verschiedenen Punkten des Reiches beobachten. Nach der „Frankf. Ztg.“ ist in Baffora eine Bewegung unter Leitung eines bekannten türkischen Politikers bemerkbar; es werden dort Beziehungen zu dem Scheik von Koweit gepflegt, dessen Abhängigkeit vom Kalifen ziemlich locker ist. In gewissen armenischen Kreisen regt es sich, in Syrien werden die Notabeln unruhig. Diese Erscheinungen dürften vorläufig keine entscheidende Bedeutung haben, sie können sie aber gewinnen, wenn die Türkei nicht mehr in der Lage ist, in ihrem asiatischen Gebiet kraftvoll aufzutreten. Dazu kommen finanzielle Schwierigkeiten. So lange der Krieg dauert, scheint die europäische Bankwelt kein Geld vorzusehen zu wollen. Bereits für den Dezember konnten die Beamtengehälter nicht bezahlt werden. Diese Umstände empfehlen den verantwortlichen türkischen Staatsmännern, rasch Schluß zu machen und zu retten, was zu retten ist.

Aus dem Reichstage.

Die Beratung des Etats des Reichsamts des Innern pflegt den Abgeordneten Anlaß zur Vorbringung zahlreicher Wünsche zu geben, was dem Kenner der parlamentarischen Dinge begreiflich erscheinen wird, aber auch zu einer scharfen Kritik deutscher sozialpolitischer Zustände, was weniger begreiflich ist. Es besteht kein

Grund, die sozialpolitische Lage bei uns schwarz zu malen. Daß Deutschland sozialpolitisch nicht rückständig ist, sollte eigentlich allgemein bekannt sein. Die meisten andern Staaten sind noch auf dem Wege zu der Gesetzgebung, die wir bereits haben. Auch die Behauptung, die Regierung sei ein Hindernis für eine gesunde sozialpolitische Gesetzgebung, ist mit den Tatsachen nicht vereinbar; vielmehr ist, wenn auch Anregungen von parlamentarischer Seite gegeben sind, die Regierung bei der Eröffnung der sozialpolitischen Gesetzgebung führend gewesen; die Parteien sträubten sich zum großen Teil und es hat damals an Kämpfen nicht gefehlt. In Abwehr des Vorwurfs der Unfruchtbarkeit stellte der Staatssekretär des Reichsamts des Innern Delbrück einige Erörterungssachen der letzten Jahre zusammen, indem er u. a. etwa folgendes ausführte: Wir haben das Invaliden- und Altersversorgungsgesetz ausgebaut, haben auch eine Versicherung für Hinterbliebene geschaffen, so daß auf dem Gebiete der Versicherung der Arbeiter kaum noch etwas zu erfassen ist. Wir müssen einmal Schluß machen und abwarten, ob überhaupt Erweiterungen nötig sind. Wir sind sowieso schon weit hinaus gegangen über das ursprünglich gesteckte Ziel. Die Zahl der gesetzlichen Bestimmungen, die das Leben und die Gesundheit der Arbeiter zu schützen bestimmt sind, ist immer mehr geschwollen. Wir haben immer weitere Kreise einbezogen. Für die erwachsenen Arbeiter haben wir allerdings nur einen sanitären Maximalarbeitstag eingeführt und weitergehende Wünsche abgelehnt, da das Dinge sind, die für einzelne Industrien der Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer überlassen bleiben müssen. Es ist mir wiederholt aufgefallen, daß man die Zahl der Verordnungen auf Grund § 100 e der Gewerbeordnung (Schutzbestimmungen für die Arbeiter) als Maßstab für unsere Fürsorge für Leben, Gesundheit und Sittlichkeit der Arbeiter ansieht. Es wird dabei vergessen, daß ja außer dem Bundesrat auch die Landeszentralbehörden und die Landespolizeibehörden Verordnungen erlassen können. Damit ist aber die Möglichkeit nicht erschöpft. Fast alle Betriebe, die mit besonderen Gefahren verbunden sind, sind konzeptionspflichtig. Bei Erteilung der Konzession ist nun auch Gelegenheit gegeben, umfassende Vorschriften zu erlassen, und davon wird auch im weitesten Maße Gebrauch gemacht. Da nun bei Erlass solcher Verordnungen die einzelnen Bundesstaaten die einschlägigen Fragen untereinander erörtern, und die einschlägigen Wege vereinbaren, so haben wir erreicht, daß im ganzen Reiche überall nach gleichen Grundfäden verfahren wird. Wir sind in der Lage, besonders gefährliche Betriebe auch mit der vollen Schärfe fest anzupacken.

Daß der Staatssekretär ein Verbot des Streikpostenstehens, das vom Abg. Grafen Westarp (Konf.) angeregt war, aber von keiner anderen größeren Partei befürwortet wurde, von der Hand wies, haben wir schon mitgeteilt. Die allgemein verständliche, von juristischen Kreisen sich freihaltende und das Leben berücksichtigende Erklärung des Staatssekretärs verbietet, eingehender gewürdigt zu werden. Er sagte: Alle Forderungen zum Schutze der Arbeitswilligen gipfeln in dem Ruf nach einem Verbot des Streikpostenstehens. Ich sehe darin ein untaugliches Mittel zur Bekämpfung der Unheil, deren Vorhandensein ich anerkenne. Der Terrorismus, der den Arbeitswilligen und ihren Angehörigen das ganze Leben bedroht und verbittert, wird zu einem ganz kleinen Teil durch Streikposten angeeignet, sonst aber durch zahlreiche andere Leute, durch Spaziergänger, durch Frauen, die zusammenstehen, durch Kinder, er wird ausgeübt in der Werkstatt, in gemeinschaftlichen Wohnräumen, in den Korridoren, in Konsumvereinen, in Läden, in Restaurationen, abgesehen davon, daß es überaus schwer ist, eine juristisch einwandfreie Formulierung des Tatbestandes des Streikpostenstehens zu finden. Allerdings gibt es auch eine andere Meinung. Ich habe die Sache zusammen mit dem Staatssekretär des Reichsjustizamts geprüft und gefunden, daß, wenn man die Belästigung der Arbeitswilligen durch Streikposten wirksam bekämpfen will, das nur durch eine systematische Änderung der Strafgesetzgebung geschehen kann. Ich halte es nicht für richtig, diese Frage aus dem System des Entwurfs eines neuen Strafgesetzbuches loszulösen und hier besonders zu regeln. Schon daran, daß es sich um eine neue systematische Behandlung einer ganzen Reihe von Straftaten handelt,

würde der Versuch scheitern, in diesem Hause — es mag zusammengefasst sein, wie es will — eine Einigung über eine wirksame Ausgestaltung dieser Materie zu erzielen. Die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen reichen tatsächlich aus, um Ausschreitungen von Streikposten zu begegnen. Das bestätigen die Vorgänge im Ruhrrevier.

Der Staatssekretär Delbriick hat auch in anderen Teilen seiner mehrfachen Reden die Richtung auf vollständige Darlegung des Sachverhalts eingeschlagen. So bei der Schilderung des Verfahrens für die Ausarbeitung von Gesetzesvorlagen beim Bundesrat. Der Staatssekretär hatte in der Budgetkommission darauf hingewiesen, daß die Ausarbeitung einer Gesetzesvorlage beim Bundesrat im Deutschen Reich vermöge seiner staatsrechtlichen Konstruktion zeitraubender und schwieriger ist als in einem anderen europäischen Staat. Im Plenum legte der Staatssekretär das Verfahren nochmals in folgender Weise dar: Eine Vorlage an den Reichstag kann nur gelangen nach vorheriger Beschlußfassung des Bundesrats. Dieser besteht aus den Vertretern der verbündeten Regierungen. Im Bundesrat selbst kann jede der verbündeten Regierungen durch ihren Bevollmächtigten Anträge stellen. Nun hat sich inzwischen nicht der Form, aber der Sache nach eine Art Reichsregierung entwickelt. Diese Reichsregierung mußte entstehen in dem Augenblick, wo durch das Stellvertretungsgesetz dem Reichskanzler ständige Mitarbeiter mit Ministerverantwortlichkeit zur Seite gestellt wurden. Nun liegt es tatsächlich so, daß durch das Stellvertretungsgesetz der Reichskanzler auch in seiner Verantwortlichkeit entlastet wird, so daß also die einzelnen Staatssekretäre für alle in ihr Ressort fallenden Angelegenheiten die volle Verantwortlichkeit in jeder Beziehung zu tragen haben. Daraus ergibt sich ferner, daß Vorlagen, die in der ersten Zeit der Entwicklung des Reichs von den zuständigen preußischen Ressorts ausgearbeitet wurden, heute in den Reichsämtern ausgearbeitet werden. Tatsächlich hat sich nun die Sache so entwickelt, daß in zahlreichen Fällen, beinahe in der Mehrzahl der Fälle, sogenannte Präsidialvorlagen gemacht werden. Diese Präsidialvorlagen sind tatsächlich Vorlagen des Reichskanzlers resp. einzelner Ressorts. Aber derartige Präsidialvorlagen können von uns, die wir alle preußische Bevollmächtigte zum Bundesrat sind, nicht an den Reichstag gebracht werden, ehe wir nicht der Zustimmung des preußischen Staatsministeriums sicher sind, das verantwortlich ist für die Instruktion der preußischen Stimmen im Bundesrat. Daraus ergibt sich, daß ich in allen denjenigen Fällen, wo ich eine Vorlage beabsichtige, zwei Wege habe. Entweder ich beantrage als preußischer Staatsminister, im preußischen Staatsministerium zu beschließen, daß als preußischer Antrag beim Bundesrat ein Gesetzentwurf des oder jenes Inhalts vorzuschlagen ist, oder es wird eine sog. Präsidialvorlage bei mir ausgearbeitet oder in dem betreffenden Amt, und dann wird durch Verhandlung mit den zuständigen preußischen Ressorts festgestellt, ob sie inhaltlich damit einverstanden sind. Ergeben sich Schwierigkeiten, so wird eine Entscheidung des Staatsministeriums herbeigeführt. Einen anderen Weg gibt es nicht. In beiden Fällen ist aber die Reichsseite genötigt, die Zustimmung des preußischen Staatsministeriums zu dieser Vorlage einzuholen. Diese staatsrechtlichen Verhältnisse sind nach Lage unserer Verfassung nicht aus der Welt zu schaffen, und sie sollten auch nicht beseitigt werden, denn das Deutsche Reich ist aufgebaut auf dem Gedanken, daß Preußen der führende Bundesstaat ist. Und daraus ergibt sich, daß die Politik des Deutschen Reiches nach einheitlichen Gesichtspunkten und Zielen geführt wird. Man kann das nicht beseitigen, ohne die staatsrechtlichen Grundlagen zu ändern, auf denen das Deutsche Reich aufgebaut ist. Wenn nun eine derartige Vorlage des Reichskanzlers oder ein preußischer Antrag weiter zu behandeln ist, so ist eine Beschlußfassung des Bundesrats erforderlich. Eine Beschlußfassung des Bundesrats ist aber nur möglich, nachdem die hier anwesenden Bevollmächtigten der einzelnen Bundesstaaten ihre Regierungen informiert haben. Diese müssen dann ihrerseits die betreffenden Vorlagen prüfen. Das ist ein besonderes Recht der einzelnen Bundesstaaten, und es ist eine Notwendigkeit, die dem Reiche nicht schadet, sondern nützt. Wenn in dieser Weise sorgfältig durchgearbeitete Vorlagen an den Bundesrat gelangen, so liegt darin eine gewisse Garantie für die Berücksichtigung der verschiedenen Interessen. In dieser Einrichtung ist nicht zu rühren, an ihr ist nichts zu ändern.

Poincaré — der neue Präsident von Frankreich.

* Die französische Nationalversammlung wählte im zweiten Wahlgange den bisherigen Ministerpräsidenten Poincaré zum Präsidenten der Republik. Die entscheidende Abstimmung ergab 483 Stimmen für Poincaré, 296 für den früheren Vizepräsidenten Pams und 69 für den sozialistischen Kandidaten Baillant.

Raymond Poincaré, der Mann, den Frankreich für die nächsten, vielleicht folgenschweren Jahre, an die Spitze des Staates berufen hat, wird, so schreibt die „Kölnische Zeitung“, in einigen Wochen in voller geistiger Kraft sein Amt antreten. Er ist am 20. August 1860 in Bar-le-Duc als der Sohn eines höheren Beamten der Bauverwaltung geboren. Seine Rechtsstudien krönte er nicht nur durch die Erwerbung der Lizenz, die zur Ausübung der Advokatenpraxis berechtigt, sondern auch des Dokortitels, der akademischen Wert besitzt, und daneben erwarb

er noch die Lizenz in der Literatur. Er ließ sich in Paris nieder und errang schon in jungen Jahren eine geachtete Stellung im Anwaltsstande. Auch der Politik wandte er sich frühzeitig zu, denn schon 1887 war er Abgeordneter. Als juristischer Mitarbeiter des „Voltaire“ hatte er Fühlung mit der Presse. Im Parlament wurde er von Stufe zu Stufe emporgetragen. Er gewann Anerkennung für seine Tüchtigkeit in finanziellen Fragen und wurde Berichterstatter des Finanz- und dann des allgemeinen Budgets. Das war die Probezeit, Ende der 1880er und Anfang der 1890er Jahre. Sie war kurz, denn schon 1893 wurde er unter Dupuy Unterrichtsminister, nachdem er das Finanzministerium ausgetreten hatte, das er trotzdem im folgenden Jahre bei der Bildung des Kabinetts Ribot übernahm. Nochmals, 1896, wurde er Unterrichtsminister, und in beiden Stellungen zeichnete er sich aus.

Nach der Krise, welche die starre Haltung Delcassés in den internationalen Angelegenheiten gegenüber Deutschland hervorgerufen hatte, kam 1906 das Kabinett Sarrien zustande, in welchem Poincaré wieder das Finanzministerium übernahm. Nur sechs Monate blieb es im Amt. Dann kam im vorigen Jahre, im Januar, das Kabinett zustande, in welchem Poincaré mit dem Vorfuß das schwierigste Amt, die auswärtigen Angelegenheiten, übernehmen mußte, weil Léon Bourgeois, der nach seiner Vergangenheit eher hierfür berufen gewesen wäre, seinem Gesundheitszustande die Anstrengungen nicht zutrauen konnte, die es erfordert. Als Ministerpräsident wie als Leiter der auswärtigen Politik hat Raymond Poincaré die auf ihn gesetzten Hoffnungen voll gerechtfertigt. Wir brauchen nur auf die noch nicht abgeschlossenen Bemühungen der Großmächte um den Orient, erst zur Erhaltung des Friedens, dann um eine gedeihliche Lösung der Gebietsfragen zu erinnern und zu betonen, daß in der ersten Phase dieser diplomatischen Betätigung der französische Minister sich dem Geschick seiner Landsleute entsprechend, zum Mittelpunkt der Bestrebungen der Großmächte zu machen verstanden hat. Den äußeren Glanzpunkt seiner Amtswaltung bildet die Staatsreise nach Rußland, wo er mit halb fürstlichen Ehren empfangen wurde und die nähere Bekanntschaft des Zaren machte, dem er demnächst als erster Vertreter des verbündeten Frankreichs gegenübertritt wird. In den innern Angelegenheiten ist ihm manche Schwierigkeit bereitet worden, weil er als gemäßigter Politiker den Radikalen den Einfluß nicht zugestand, an den sie durch eine langjährige Herrschaft gewohnt waren, der ihnen aber nach den neuesten Wendungen in der öffentlichen Meinung nicht mehr gebührt. Dieser Umstand war es, der in erster Linie seine Erwählung zum Präsidenten der Republik so sehr erschwerte; der Radikalismus rang wie ein Verzweifeltes um seine alte Vorherrschaft. Zu zweiter Linie freilich war es das Geld des Herrn Pams, das bei der Wahl, wenn auch hinter den Kulissen, mitspielte. Es ist anzunehmen, daß Poincaré nach der stürmischen Wahl weiter nicht mehr angefochten werden wird.

Er ist der erste Madamer, der zum Präsidenten der Republik gewählt worden ist.

Bei der Verkündung des Ergebnisses wurde, wie ein Drahtbericht aus Versailles meldet, der Name Poincarés mit langanhaltendem Beifall im Zentrum, auf der Rechten und auf zahlreichen Bänken der Linken begrüßt. Von der Rechten ertönten mehrere Rufe: Er ist gewählt! Die Zahl der auf Pams gefallenen Stimmen wurde auf verschiedenen Bänken der Linken mit lebhaftem Beifall, im Zentrum und auf der Rechten mit Lachen begrüßt. Die äußerste Linke applaudierte mit frenetischem Beifall die auf Baillant gefallenen Stimmen. Ein Sozialist rief: Nieder mit dem Diktator! Die Rechte klatschte ironisch Beifall. Poincaré wurde unter lebhaftem Beifall zahlreicher Bänke auf 7 Jahre zum Präsidenten der Republik proklamiert. Die Session der Nationalversammlung wurde sodann geschlossen.

Weitere Drahtberichte melden:

Verailles, 18. Jan. Nach der Nationalversammlung beglückwünschte der Präsident Dubost den neuen Präsidenten der Republik. Poincaré dankte für den Beweis des Vertrauens der Nationalversammlung. Er sei bemüht, sich dessen würdig zu zeigen und zu jeder Zeit ein unparteiischer Richter zu sein. Darauf brachte Minister Briand im Namen des Ministerrates seine Glückwünsche zum Ausdruck. Er sagte, die Entscheidung der Nationalversammlung bekräftige die Politik mit der wir beide so eng verknüpft waren. Die hohen Interessen des Landes befänden sich in loyalen Händen. Poincaré begab sich dann in Begleitung des stellvertretenden Ministerpräsidenten Briand gegen 8 Uhr nach dem Elysee. Auf dem ganzen Wege wurden ihm lebhaftes Ovationen dargebracht. Bei dem Besuche im Elysee wurde Poincaré von Fallières empfangen. Die beiden Präsidenten umarmten sich herzlich. Darauf beglückwünschte Fallières Poincaré zu seiner Wahl. Nach einigen Minuten der Unterhaltung kehrte Poincaré nach seiner Wohnung zurück. Als er vor seiner Wohnung anlangte, brach die Menge in stürmischen Jubel aus. Auch in den meisten übrigen Vierteln von Paris wurde die Wahl Poincarés mit begeisterten Kundgebungen begrüßt.

Paris, 18. Jan. Abends versammelte sich eine imposante Menge vor dem Hause Poincarés und bereitete ihm stürmische Kundgebungen. Poincaré bat die Erschienenen, nicht „Es lebe Poincaré!“, sondern „Es lebe die Republik!“ zu rufen. Die Menge zog sodann unter Hochrufen und dem Gesang der Marseillaise ab.

Die Balkankrise.

* Die Kollektivnote der Mächte wurde der Pforte am Freitag nachmittag durch den österreichisch-ungarischen Botschafter als Doyen mit einigen Worten überreicht. Die übrigen Botschafter waren nur Zeugen der Überreichung. Der türkische Minister des Außern, Noradunghian, erklärte, er nehme die Note zur Kenntnis. Die Pforte werde sie so bald als möglich beantworten. Unmittelbar darauf trat der türkische Ministerrat zu einer kurzen Beratung zusammen. Der Ministerrat, der die Antwort der Pforte vorbereiten soll, ist für heute einberufen worden. In der Kollektivnote, deren Wortlaut man augenblicklich geheim hält, wird die Pforte in ernster Weise auf die Verantwortung aufmerksam gemacht, die sie auf sich laden würde, wenn sie die Feindseligkeiten auf der Tschataldtschalinie fortsetzen würde. Die Mächte weisen darauf hin, daß zur Ausbeutung der reichen Gebiete, die der Türkei noch verbleiben werden, die finanzielle Hilfe Europas unumgänglich notwendig sei und erklärt, daß die Türkei dieser Mithilfe entbehren müßte, wenn sie nicht auf die Wünsche der Mächte Rücksicht nehme. Die Mächte empfehlen der Pforte, den Verbündeten Adrianopol zu überlassen, und die Lösung der Frage der ägäischen Inseln Europa anzuvertrauen.

London, 17. Jan. Die Botschafterkonferenz hielt heute nachmittag unter dem Vorsitz von Staatssekretär Grey eine Sitzung ab. Der deutsche Botschafter, Fürst Richnowsky, hatte vorher mit dem Staatssekretär Grey eine Besprechung.

Sofia, 16. Jan. Wie das Blatt „Mir“ meldet, wurde gestern in Mustapha Pascha unter dem Vorsitz des Königs und in Anwesenheit des Gehilfen des Generalstabs, der Kommandanten der 4 Armeen und des Chefs des Großen Generalstabs ein oberster Kriegsrat abgehalten. Es wurde beschlossen, die Kriegsoperationen wieder aufzunehmen, falls die Türkei nach der Demarche der Mächte und nach der Überreichung des Ultimatus der Balkanstaaten, die dieser Demarche folgen soll, sich nicht beeilen würde, unter den von den Verbündeten gestellten Bedingungen Frieden zu schließen.

Belgrad, 17. Jan. Gestern ist die feierliche Hissung der Flagge auf dem österreichisch-ungarischen Konsulat in Mitrowiza unter dem gleichen feierlichen Zeremoniell wie in Brijuni erfolgt. Zu der Feierlichkeit war der österreichisch-ungarische Konsul Dr. Wildner in Belgrad entsandt worden.

Wien, 17. Jan. Die „Reichspost“ veröffentlicht einen ausführlichen Bericht von einer ungenannten Persönlichkeit, deren hervorragende Stellung als Gewähr für die Authentizität der Behauptungen erscheinen müsse über die Greuel, welche von serbischen Banden und regulären Truppen in Albanien verübt worden seien. In dem Bericht wird auf Grund von Aussagen angeblich vertrauenswürdiger Personen eine Schilderung der von den Serben bei der Befreiung von albanischen Städten begangenen Unmenschlichkeiten im einzelnen gegeben. Es heißt da, die Serben hätten die Bewohner ganzer Ortschaften, ja Gegenden ausgerottet. Im Vilajet Kofowo schätzte man die Zahl der getöteten Albaner auf 25 000. Der Bericht wendet sich schließlich an Europa, das sich durch die Entsendung einer europäischen Untersuchungskommission von der Richtigkeit der mitgeteilten Tatsachen überzeugen könne.

Berlin, 16. Jan. Die Abordnung des Deutschen Roten Kreuzes nach Belgrad unter Dr. Richard Mühsam-Berlin ist am 14. d. Mts. 8 Uhr 8 Min. vormittags am Anhalter Bahnhof hier wohlbehalten wieder eingetroffen und gestern abend von der Kaiserin empfangen worden. Zu gleicher Zeit ist die aus 3 Ärzten bestehende 2. Hälfte der 8. Abordnung des Deutschen Roten Kreuzes (im ganzen 5 Ärzte), der Kaiserin vorgestellt und verabschiedet worden. Diese Abordnung ist auf Anfordern und auf Rechnung des Serbischen Roten Kreuzes zusammengestellt und ausgerüstet worden, steht unter der Leitung des Privatdozenten für innere Medizin Dr. Boehme-Niel und ist zur Bekämpfung der Infektionskrankheiten vorläufig in Nisch in Branje-Serbien bestimmt. Zwei Ärzte, Dr. Malade-Treptow a. L. und Oberarzt Dr. Waldmann-München, sind bereits am 11. d. Mts. vorausgereist, Dr. Boehme, Dr. Lürde-Berlin-Wilmersdorf und der Assistent am Institut für Infektionskrankheiten Dr. Meier-Berlin folgten ihnen gestern abend.

Reichstag.

Berlin, 17. Januar.

Nach Erledigung einiger kurzer Anfragen wird die Generaldebatte über den Etat des Innern fortgesetzt.

Hg. Hoff (Fortfchr. Vpl.) erklärte es für nötig, auch für Preußen das allgemeine gleiche Wahlrecht einzuführen. Redner verlangte, daß Enqueteen veranstaltet werden, über das Interesse der einzelnen Gewerbebezüge an der Zollpolitik, über die Lage der Landwirtschaft und das Interesse der verschiedenen landwirtschaftlichen Betriebe an der Zollpolitik, über die Einwirkung der Zollpolitik auf die Konsumenten, sowie auf die Finanzen von Reich, Bundesstaaten und Gemeinden.

Der Däne Hansen beschwerte sich über die Anwendung des Reichsvereinsgesetzes in den dänischen Landesteilen und forderte Abhilfe dieser Mißstände.

Hg. Warmuth (Wild. Reichsp.) verlangte die Schaffung eines Depositionsgesetzes, um die Deponten davor zu schützen, daß mit ihren Geldern spekuliert wird.

Der Pole Brandys forderte ein Fremdenrecht für ausländische Arbeiter.

Der Reformparteiener Bruhn forderte das Reich zur Erhaltung der kleinen Erzfischen im kaufmännischen Mittelstand auf.

Der Sozialdemokrat Bruhns erklärte, das Handwerk sei durch den Zolltarif schwer geschädigt worden. Im Submissionswesen beständen die größten Missetände, die Einrichtung der Zwangsinnungen sei geradezu grober Unfug, durch den die Handwerker ruiniert würden.

Der Zentrumsredner Dr. Pfeifer erklärte die Handhabung des Stellenvermittlungsgesetzes den Bühnengehörigen gegenüber von Seiten der Gerichte als nicht im Sinne des Gesetzes vorgenommen und beklagte die völlig ungenügende Bezahlung akademisch gebildeter Kräfte.

Staatssekretär Dr. Delbrück führte aus, daß eine allgemeine Aufbesserung der Gehälter berartig vorgebildeter Leute auf eine allgemeine Anhebung hin nicht erfolgen kann und daß zunächst die finanzielle Leistungsfähigkeit der betreffenden Bundesstaaten ausschlaggebend sei.

Der Nationalliberaler Meier-Gelle war der Ansicht, daß im Hinblick auf den größeren Arbeitswilligenschub jetzt mehr gesehen müsse.

Der Konserverfabrikant Graf Kanitz gab der Zufriedenheit über die Entwicklung des letzten Wirtschaftsjahres Ausdruck, indem er die Hoffnung aussprach, daß das jetzt begonnene Wirtschaftsjahr sich ebenso günstig gestalten möge, wie das abgelaufene.

Abg. v. Derges (Reichsp.) trat für Handwerker- und Bauernland ein.

Liz. Mumm (Wirtsch. Bgg.) forderte Institute zur vorübergehenden Unterfunktion von Arbeitslosen. Für ein Verbot des Streikpostens ist kein Bedenken nicht eintreten.

Nachdem nach der Staatssekretär betont hatte, daß die Fürsorge für Wanderarme in letzter Zeit erhebliche Fortschritte gemacht habe, wurde das Gehalt des Staatssekretärs bewilligt.

Darauf wurde die Sitzung auf Dienstag ein Uhr vertagt. Anfragen und Fortsetzung der Etatsberatung.

Politische Übersicht.

Regierungsaufnahmen

zur Hilfe für die Spitzbergexpedition.

Auf die erste Nachricht, daß die von Schröder-Stranz mit Hilfe einiger Gönner unternommene Expedition nach dem Nordosten Spitzbergs in Not geraten sei, hat sich die deutsche Regierung durch die Gesandtschaft in Christiania mit der norwegischen Regierung über die Möglichkeit einer Hilfsexpedition in Verbindung gesetzt. Die norwegische Regierung hat, da eine Hilfeleistung vom europäischen Festlande aus nach den Eisverhältnissen des Polarwinters wenig Aussicht auf Erfolg bietet, in entgegenkommender Weise die ihr in Spitzbergen selbst zu Gebote stehenden Mittel und Kräfte zur Verfügung gestellt und auf radiotelegraphischem Wege entsprechende Weisungen nach den Spitzbergen gelangen lassen. Eine Hilfsexpedition wird demgemäß, falls sie nicht schon unterwegs sein sollte, schleunigst von der Advent-Bai aufbrechen, um zunächst die auf dem Marsche von dem Schiffe dorthin zurückgekehrten Gefährten des Kapitän Mitscher aufzufinden, und dann bis zu dem in der Treurenberg-Bai eingefrorenen Schiffe vorzudringen. Sonach ist von der Regierung alles veranlaßt, was nach Lage der Dinge zur Zeit geschehen kann, um den etwa in Not befindlichen Hilfe zu bringen. Nach Ansicht des Berliner Vertreters der Expedition, des Bruders des Expeditionsleiters, beschränkt sich nämlich die Notlage auf diejenigen Expeditionsteilnehmer, die mit dem Kapitän Mitscher den Marsch vom Schiffe zur Advent-Bai unternommen haben und nicht zu dem Schiffe zurückkehren konnten, während sich der auf dem Schiffe zurückgebliebene Teil der Expedition ebenso wie die Teilnehmer der von Schröder-Stranz selbst geleiteten Schlittenexpedition außer Gefahr oder Not befinden dürften, da das Schiff im Polarmeer ein erprobtes Fahrzeug und auf seiner Ausreise Anfangs August 1912 mit Proviant für neun Monate versehen worden sei. Über die Gründe, die Mitscher und seine Begleiter veranlaßt hat, das Schiff zu verlassen, ist man auch in Regierungskreisen lediglich auf Vermutungen angewiesen, da die Regierung dem ganzen Unternehmen Schröder-Stranz an sich fern steht.

Aus dem elsass-lothringischen Landtag.

In der Freitagssitzung des Landtages für Elsaß-Lothringen charakterisierte Abg. Donnevert das Verhalten Wetterlé als Mangel an Takt. Der Ausdruck „Hungerleider“ im „Nouvelles“ sei eine neue Beschimpfung zu der letzten. Müller (Ztr.) tadelte ebenfalls Wetterlé und erklärte, daß dieses Vorgehen beim katholischen Klerus kein Echo gefunden habe. Der Geheimvertrug in der Angelegenheit der katholisch-philosophischen Professur sei ihm bekannt gewesen. Abg. Keirotes (Soz.) stellte fest, daß der Vorwurf des Zentrums gegen Wetterlé doch allzu leise war. In der Frage der katholisch-philosophischen Professur habe die elsass-lothringische Regierung mit der Reichsregierung Anbändel getrieben. Staatssekretär Born von Bulach weist diesen Vorwurf energisch zurück und bringt als Beweis den Notenwechsel mit der Kurie zur Verlesung. Abg. Gauß (Ztr.) erklärt namens seiner Fraktion, daß diese sich jede Einmischung in Parteianglegenheiten sowohl seitens der Regierung wie auch der Parteien, die den Ausschluß Wetterlé aus dem Zentrum verlangt hätten, verbitten müsse; das sei eine private Angelegenheit. Verwahrung müsse er dagegen einlegen, daß das Zentrum mit den Nationalisten zusammengehe. Abg. Wolf (Liberal) erklärte, daß, wenn die philosophische Fakultät jene Geheimklausel gefasst hätte, sie an Stelle von Professor Ziegler einen anderen gewählt haben würde.

Der württembergische Ministerpräsident über politische Tagesfragen.

Ministerpräsident Dr. von Weizsäcker nahm in der Freitagssitzung der Zweiten württembergischen Kammer zu einer Erklärung das Wort. Über die Auswüchse des Proporzionalwahlrechtes sei die Regierung ebenso wenig begeistert, wie schon seinerzeit über die Einführung des

Proporztes überhaupt. Da man sich aber erst im Anfang der Praxis befindet, kann die Klinker der Gesetzgebung nicht schon wieder in die Hand genommen werden. Bei einer etwaigen Aufhebung des Jesuitengesetzes durch das Reich müßte das württembergische Gesetz wieder eingeführt werden. Für eine Reichsbesitzsteuer lehnt die Regierung freiwillige Gehamendienste ab. Über eine Wehrvorlage sei ihr keine Mitteilung zugegangen. Auch lägen keinerlei Anzeichen für eine Änderung der Wirtschaftspolitik des Reiches vor. Was da alles über eine veränderte Stellung der Regierung nach dem Wahlausfall geredet und geschrieben worden sei, gehöre in das Reich der Fabel, desgleichen, wenn man etwaige politische Schlüsse aus dem Rücktritt des Ministers Bischof ziehen wolle. Trotz der veränderten Zusammensetzung des Hauses hoffe die Regierung auch weiterhin einen Ausgleich der Gegensätze herbeizuführen. Sie trete deshalb in die neue Periode mit Zuversicht ein.

Im weiteren Verlaufe der Etatsberatung erklärte Ministerpräsident Dr. von Weizsäcker auf die Ausführungen des sozialdemokratischen Abgeordneten Keil u. a.: Ich möchte die heutige Sitzung nicht zu Ende gehen lassen, ohne zu erklären, daß der Abgeordnete Keil durch seine Ausführungen den Anschein erweckte, als ob von Berlin das Wehrtrüben ausginge. Dafür hat er auch nicht den mindesten Beweis erbracht. Es ist Tatsache, daß die Belastung auf den Kopf der Bevölkerung bei unseren westlichen Nachbarn für Heer und Marine erheblich höher ist als bei uns. Ich gebe dem Hause anheim, zu beurteilen, ob es die vom Abgeordneten Keil gegen das eigene Land erhobenen Beschuldigungen für berechtigt ansieht.

*** Ballfest im Reichskanzlerpalais.** Der Reichskanzler von Bethmann-Hollweg und Gemahlin hatten für Freitagabend zahlreiche Einladungen zu einem Ball ergehen lassen, an dem der Kaiser, die Kaiserin, die Prinzessin Viktoria Luise, die Kronprinzessin, Prinz Eitel Friedrich und Gemahlin, sowie Prinz Friedrich Wilhelm und Gemahlin teilnahmen. Ferner waren u. a. erschienen die Vizekönigin von Ostpreußen und Gemahlin und Töchter, sowie eine große Anzahl von Herren und Damen der Hofgesellschaft. Der Kaiser unterhielt sich mit vielen Anwesenden, und zog insbesondere auch die Mitglieder der hohen Diplomatie ins Gespräch.

*** Der Reichskanzler von Bethmann-Hollweg hat der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ zufolge am Freitag vormittag den kaiserlichen Statthalter in Elsaß-Lothringen, Grafen von Wedel, empfangen.**

*** Wehrvorlagen.** Die „Neue politische Korrespondenz“ schreibt: „Daß eine Vorlage über die Verärgerung unseres militärischen Flugwesens kommen wird, ist zweifellos und ja auch aus der Etatsrede des Schatzsekretärs ersichtlich. Wann dies der Fall sein wird, hängt von den bezüglichen Vorarbeiten ab; vielleicht wird es möglich sein, darüber in 14 Tagen etwas mehr zu sagen. Hiervon abgesehen, haben in der Presse bekanntlich auch Gerüchte über eine allgemeine Ergänzung unserer Wehrkraft und eine dementsprechende Vorlage. Es ist natürlich, daß bei der gegenwärtigen Zeitlage die verantwortlichen Organe nach allen Richtungen hin prüfen und erwägen, ob unsere Wehrkraft nicht Lücken aufweist, die zu ergänzen sind. Es ist aber weder sicher, ob sich überhaupt eine entsprechende Vorlage als notwendig erweist und noch weniger, wann und in welcher Höhe sie zu erwarten ist.“

*** Ein Strafverfahren gegen das Organ des Abg. Wetterlé.** Wie die „Straßb. Post“ mitteilt, ist gegen den „Nouvelles d'Alsace-Lorraine“, das Organ des Abgeordneten Wetterlé, ein Verfahren wegen Verleumdung des Deutschen eingeleitet worden. Das Blatt hatte in einer Abwehr gegen die „Straßb. Post“ von den „Nachkommen der Hungerleider“, die nach 1870 das Land überschwemmt haben“, gesprochen.

* Ausland.

Bern, 17. Jan. Der Bundesrat beschloß, bei den Verkehrrsanstalten die Stundenzählung bis auf 24 Stunden einzuführen, vorausgesetzt, daß Deutschland und Österreich-Ungarn sie ebenfalls einführen werden. Die Gesandten in Berlin und Wien werden beauftragt, entsprechende Unterhandlungen einzuleiten, damit am 1. Oktober 1913 oder am 1. Mai 1914 die neue Zählung eingeführt werden kann. Falls die Regierungen der beiden Länder sich nicht dazu entschließen, behält sich der Bundesrat weitere Entschlüsse vor.

St. Petersburg, 17. Jan. Der deutsche Botschafter Graf Pourtales mit Gemahlin ist hierher zurückgekehrt.

Grossherzogtum Baden.

Karlsruhe, 18. Januar.

Seine königliche Hoheit der Großherzog hörte im Laufe des heutigen Tages die Vorträge des Ges. Legationsrats Dr. Seyb und des Geheimrats Dr. v. Nicolai. Heute abend werden Ihre königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin dem zweiten Ball bei dem Staatsminister Dr. Freiherrn von Dusch und Gemahlin anwohnen.

** Die kaiserl. russische Regierung hat für fremde Handlungsreisende neue Bestimmungen herausgegeben. Diese Bestimmungen können bei den Bezirksämtern und Handelskammern eingesehen werden.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Berlin, 18. Jan. Die von den Botschaftern gestern überreichte identische Note hat folgenden Wortlaut: „Die unterzeichneten Botschafter von Österreich-Ungarn, England, Frankreich, Rußland, Deutschland und Italien sind von ihren Regierungen beauftragt worden, dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten Seiner kaiserlichen Majestät des Sultans die folgende Mitteilung zu machen: Um dem Wunsch nach Wiederaufnahme der Feindseligkeiten vorzubeugen, glauben die genannten Mächte, die Aufmerksamkeit der kaiserlich-ottomanischen Regierung auf die Verantwortung lenken zu sollen, die sie auf sich nehmen würde, wenn sie, entgegen den Ratschlägen der Mächte die Wiederherstellung des Friedens verhindern würde. Sie würde es nur sich selbst zuzuschreiben haben, wenn dies die Fortsetzung des Krieges zur Folge haben würde, das Schicksal der Hauptstadt in Frage zu stellen und vielleicht die Feindseligkeiten auf die asiatischen Provinzen des Reiches auszudehnen. In diesem Falle würde sie nicht auf den Erfolg der Bemühungen der Mächte rechnen können, sie vor den Gefahren zu bewahren, denen sie ausgesetzt, sie ihr bereits widerraten haben und auch weiter abtraten. Wie die Dinge liegen, wird die kaiserlich-ottomanische Regierung nach dem Friedensschluß des moralischen und materiellen Bestandes der europäischen Großmächte bedürfen, um die Schäden des Krieges wieder gut zu machen, ihre Stellung in Konstantinopel zu befestigen und die weiten asiatischen Gebiete instand zu setzen. Um diese Werke zu unternehmen und durchzuführen, würde die Regierung des Sultans auf die Wirksamkeit der Unterstützung der Mächte nur dann rechnen können, wenn sie ihren Ratschlägen folgen wird, die von den allgemeinen Interessen Europas und denen der Türkei eingegeben sind. Unter diesen Umständen glauben die europäischen Großmächte, gemeinsam der türkischen Regierung erneut den Rat geben zu sollen, der Abtretung der Stadt Adrianopel an die Balkanverbündeten zuzustimmen und den Großmächten die Sorge zu überlassen, über das Schicksal der Inseln des ägäischen Meeres zu befinden. Gegenüber diesen Zugeständnissen würden die genannten Mächte es sich angelegen sein lassen, den Schutz der muslimanischen Interessen in Adrianopel und die Achtung vor den in dieser Stadt befindlichen Moscheen, religiösen Gebäuden und Grundstücken zu sichern; ebenso würden sie dahin wirken, daß bei der Lösung der Frage der Inseln des Archipels jede Abweichung für die Sicherheit der Türkei ausgeschlossen ist.“

Berlin, 18. Jan. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Das Auftreten des Reichstagsabgeordneten Wetterlé auf seiner französischen Vortragsreise hat in Deutschland überall starke Entrüstung hervorgerufen. Mit Recht wird in der Presse seine verheerende Tätigkeit als frevelhaftes Spiel mit dem Frieden zweier Nationen bezeichnet, deren Regierungen um die Erhaltung des europäischen Friedens bemüht sind und deren überwiegende Mehrheit — wie wir annehmen — auf beiden Seiten von der Auffachelung chauvinistischer Leidenschaften nichts wissen wollen. Abgeordneter Wetterlé hat in mehr oder weniger faßbaren Äußerungen sich ergangen, als warte eine unterdrückte Bevölkerung schon sehnsüchtig auf den Befreier. Daß er so verstanden worden ist und zwar nicht gegen seine Absicht, ergibt sich klar aus den Berichten der französischen Zeitungen. Demgegenüber würde es unerheblich sein, wenn Herr Wetterlé nachträglich einen harmloseren Wortlaut seines Vortrages produziert. Wollig zutreffend hat der Staatssekretär Freiherr Born v. Bulach im elsassischen Landtage gesagt, daß es nicht so sehr auf einen ausgeklügelten Wortlaut, sondern auf den Eindruck und das gesamte Milieu ankommt. Im deutschen Reichstage ist dem Abgeordneten Wetterlé zu verstehen gegeben worden, daß sein Treiben in Frankreich gegen die Ehre, Mitglied des Reichstages zu sein, großlich verstößt.

Stuttgart, 18. Jan. In der Generaldebatte zum Etat führte heute der Minister des Innern von Fleischhauer u. a. aus: In bezug auf die Donanversicherung sind wir auf die Mitwirkung der badischen Regierung angewiesen. An den leitenden Stellen in Baden besteht der Wunsch, zu einer Verständigung mit uns zu kommen. Die in naher Zukunft zu erwartende Antwort der badischen Regierung wird hoffentlich eine Lösung bringen. Sollte dies nicht der Fall sein, so sehen wir uns veranlaßt, die Entscheidung des Bundesrates anzurufen.

Leipzig, 17. Jan. Graf Zeppelin stiftete zum Bau eines Leipziger Luftschiffhafens 5000 Mark.

Verantwortlich für die Redaktion:
Chefredakteur C. Amend in Karlsruhe.
Druck und Verlag:
G. Braun'sche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

JULIUS STRAUSS, Karlsruhe
en detail
groß **Ball und Karneval** sämtliche Zutaten zur Anfertigung für Ball- und Karneval-Kostüme in größter Auswahl und billigsten Preisen.
Spezialität: Landestrachten.
Komplette Tiroler-Kostüme für Damen, Herren und Kinder

E. Büchle Inh.: Kunsthandlung und Rahmenfabrik, Karlsruhe i. B. Kaiserstraße 123, zwischen Wald- u. Karlstr.
Größtes Spezialgeschäft für gediegenen C.280
Wandbilderschmuck, Bildereinrahmungen
Besichtigung ohne Kaufzwang.

Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten machen wir die schmerzliche Mitteilung, daß unser lieber, treubesorgter Gatte, Vater, Großvater, Bruder und Onkel

Herr Hippolyt Weis

Großh. Finanzrat a. D.

heute abend im Alter von 72 Jahren verschieden ist.

Freiburg i. Baden, den 17. Januar 1913.
Erwinstrasse 71

Im Namen der trauernden Angehörigen:

Philippine Weis geb. Hinterskirch,
Manfred Weis, Regierungsbaumeister,
Ernst Weis, Finanzsekretär,
Friedhilde Weis,
Hedwig Weis geb. Obermüller,
Frieda Weis geb. Dreß
und 1 Enkelkind.

Die Beerdigung findet Montag nachmittag 4 Uhr statt

Schluss-Verkauf

zu Inventur-Preisen
in allen Abteilungen

Wir bieten die denkbar günstigsten Vorteile

Ein Besuch unseres Geschäftes ist unbedingt zu empfehlen, um die Preiswürdigkeit der in Betracht kommenden Waren zu beurteilen.

Ganz außergewöhnlich billig!

Herren - Ulster

In Serien eingeteilt. Noch in den meisten Größen vorrätig

früher bis 45.00	jetzt 2900	und 3400	früher bis 60.00	jetzt 3900	und 4500
------------------	-------------------	-----------------	------------------	-------------------	-----------------

Halbschwere Paletots zum Teil bis zur Hälfte des seitherigen Preises

Spiegel & Wels

Doppelte Marken oder 10% in bar.

Geheimrat Dr. Wattenbergs „Osiozose“

Nährmittel für hoffende Frauen (zur Verhinderung des Zahnverfalls), sowie für Säuglinge, zur kräftigen Entwicklung des Knochenbaues und der Zähne. 1/1 Flasche für h. Frauen à 1,95 (inkl. Porto), 1/2 Flasche für Säuglinge à 1,65. Wo nicht am Platze erhältlich, erfolgt Zufendung durch das

Tuala-Werk R. Boermel & Co.,
Frankfurt a. M., Neue Taubenstr. 5. D.906



Ziehungs-Listen

über die erfolgte

Verlosung

der grauen Gutscheine

sind erschienen und liegen bei unserer Geschäftsstelle **Waldstrasse 6** und bei unseren sämtlichen Mitgliedern zur Einsicht auf.

Gewinnbeträge, die am 1. April d. J. nicht erhoben sind, werden als verfallen betrachtet.

Der Vorstand.

Heiraten Sie nicht

bevor über zukünftige Person u. Familie, über Mitgift, Vermögen, Ruf, Vorleben, genau informiert sind. Diskrete Spezial-Auskünfte überall D.445

Welt-Auskunft „Globus“
Berlin W. 35, Potsdamer Str. 114.

2000 Tugend Leintücher

D.943 ohne Naht garantiert reinleinen, weiß, die es Jahr von den besten Lieferungen zurückgebliebenen, verkaufte zum Erzeugungspreise 150 cm breit, 225 cm a 1 g 1 S und 2 Mark 50 Pf. Kleinste Abnahme 1/2 D. franko gegen Nachnahme **Josef Janto, Leinenweberei Giechhübel** bei Neustadt a. Mettau, Böhmen.

Erklärung.

Die Firma H. Kiefer & Cie., G. m. b. H. in Anielingen, hat ihre Auflösung beschlossen. Als Liquidator fordere ich die Gläubiger der Gesellschaft auf, sich zu melden. 3.281.8.2 Karlsruhe, 15. Jan. 1913. H. Kiefer.

Berein für das Deutschtum im Ausland.

Die Frauenortgruppe Karlsruhe veranstaltet zur Jahrhundertfeier am **Montag den 20. Januar**, abends 7/8 Uhr, im großen Museumsaal einen

Deutschen Abend

mit bayerländischem Festspiel, musikalischen Vorträgen und einem Singpiel von Mozart. — Buffet. — Gefelliges Zusammensein. — Tanz. D.937.2.2

Saal: numerierter Platz M. 4.— und 3.—, unnumeriert M. 2.—; Galerie: numeriert M. 2.—, unnumeriert M. 1.—. Mitglieder der Frauen- und Männerortgruppe haben gegen Vorzeigen der Mitgliedskarte für die nummerierten Plätze auf ein Billet M. 1.— Ermäßigung.

Vorverkauf in der Buchhandlung Kundt.
Kasseneröffnung 7/8 Uhr.

Locarno-KURPENSION BETZ - Mont

Blauer Natur-, Sonnen- und Diätkur. Prospekte Sonnenreichste Luftkur. Seilbahn 10 Minuten nach 20 jähr. Praxis. Zentral-Heizung. Vollpension M. 5 an. B.874

HOTEL UND RESTAURANT

Friedrichshof

(Direktion G. Münzer)

Erstes und größtes Restaurant der Residenz mit eleganter Weinstube

Weine nur direkt vom Produzenten und ersten Firmen

Vorzügliche Biere der Brauerei Sinner, Grünwinkel

Münchner Köchelbräu B.936

Bestgepflegte Küche

Reichhaltige Speisekarte

Große und kleine Lokalitäten

Täglich abends 8 Uhr:

Künstler-Konzerte.



Residenz-Theater
Waldstraße 30

Programm

für Samstag, den 18. bis inkl. Dienstag, den 21. Januar 1913

Don Quichotte

vortreffliche kinemat. Wiedergabe eines der berühmtesten Werke der Weltliteratur

Prächtig farbige Figur des **Ritters von der traurigen Gestalt**

des phantastischen Windmühlen- und Hammelherdenbekämpfers

Don Quichotte: Herr Carry von der Comédie Française

Ein Meisterwerk der Kino-Kunst:

Erstaufführungsrecht für Karlsruhe

Des Meeres u. d. Liebe Wellen

Seedrama in drei Akten. Spieldauer ca. 1 Stunde.

In der Hauptrolle: **Lisi Nebuschka**, Kaiserl. russ. Hofschauspielerin

Dornenpfade

Drama in 3 Akten nach dem berühmten Roman „Der kleine Jakob“ von Jules Claretie von der Academie Française.

Die **weibl. Autorität**

D.1000 Humoreske.

Ulz im Film

Die Truppe Marcantoni.

Stadtrechnerstelle

anbahilweise, unter Umständen dauernd, sofort

zu besetzen. Rechnungsachverständige, möglichst im Gemeindefachbereich erfahren, wollen sich unter Angabe des Zeitpunktes, an dem der Eintritt frühestens erfolgen kann, unter Vorlage von Zeugnissen usw. **alsbald** bei uns melden. Gehalt 250 Mk. monatlich, ev. auch mehr. Schweizingen, 18. Jan. 1913. Gemeinderat.

Güterliche Rechtspflege.

a. **Streitige Gerichtsbarkeit.**

3.199.2 Freiburg. Die Zimmermann Karl Schueider Ehefrau Wilhelmine geb. Schwarz in Laufen, Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Deutsch in Freiburg i. Br., laßt in der Scheidungsklage gegen ihren genannten Ehemann, zuletzt in Lörrach, jetzt an unbekanntem Orten abwesend, denselben in den auf Dienstag den 11. März 1913 vormittags 9 Uhr, verlegten Termin vor die 3. Zivilkammer des Gr. Landgerichts Freiburg i. Br. mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen. Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dies hiermit bekannt gemacht. Freiburg i. Br., den 11. Januar 1913. Gerichtsschreiberei Gr. Landgerichts.

3.239. Vorberg. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Schuhwarenhändlers Josef Scheifer von Vorberg, zurzeit in Laub, wird nach erfolgter Abhaltung des Schlußtermins und Vollzug der Schlußverteilung aufgehoben. Vorberg, 15. Jan. 1913. Gerichtsschreiberei Gr. Amtsgerichts.

3.240. Bruchsal. In dem Konkursverfahren über das Vermögen der offenen Handelsgesellschaft Bruchsaler Eierwarenfabrik Worr & Cie. u. der beiden Gesellschafter dieser Firma Emil Wobus und Heinrich Worr in Bruchsal ist Termin zur Anhörung der Gläubigerversammlung über die Einleitung des Verfahrens und Ab-

nahme der Schlußrechnung bestimmt auf **Sonntag den 15. Febr. 1913, vormittags 12 Uhr**, vor dem Gr. Amtsgericht I, Zimmer Nr. 9, 2. Stock, Bruchsal, 15. Jan. 1913. Der Gerichtsschreiber Großh. Amtsgerichts.

Bekanntmachung.

3.246. Bühl. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Wilhelm Brambach in Bühl soll mit gerichtlicher Genehmigung die Schlußverteilung erfolgen. Dazu sind 73.91 Mk. verfügbar.

Nach dem auf der Gerichtsschreiberei zur Einsicht der Beteiligten niedergelegten Schlußverzeichnis sind 5.76 Mk. bevorrechtigte und 6943.81 Mk. nicht bevorrechtigte Forderungen zu berücksichtigen. Bühl, 17. Jan. 1913. Der Konkursverwalter.

3.247. Freiburg. Über das Vermögen der Firma Mathilde Marquier in Freiburg i. B., Joh. Adolf Marquier Ehefrau, Mathilde geb. Roth hier, wurde heute am 16. Januar 1913, mittags 12 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Der Rechtsanwalt Ruhn hier wurde zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 10. Februar 1913 bei dem Gerichte anzumelden.

Es ist Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf **Freitag den 14. Febr. 1913, vormittags 9 Uhr**, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf **Freitag den 21. Febr. 1913, vormittags 9 Uhr**.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeindefachverwalter zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung aufzulegen, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache absonderliche Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 10. Februar 1913 Anzeige zu machen. Freiburg, 16. Jan. 1913. Der Gerichtsschreiber Großh. Amtsgerichts 3.

3.248. Säckingen. Das Gr. Amtsgericht Säckingen hat unter dem 19. November 1912 folgendes Ausschlußurteil erlassen:

Das auf den Namen des Fabrikarbeiters Gustav Wasmann von Herrschried lautende Sparloosenbuch über einen Restkapitalbetrag von 4300 Mark — Konto Nr. 438 des ländl. Creditvereins Herrschried, e. G. m. u. S. — wird für kraftlos erklärt.

Die Kosten des Verfahrens fallen dem Antragsteller zur Last.

Säckingen, 17. Jan. 1913. Gerichtsschreiberei Gr. Amtsgerichts.

b. **Freiwillige Gerichtsbarkeit.**

3.238.1 Billingen. Der Galtwirth Matthias Juchaczewski in St. Georgen hat beantragt, den verstorbenen Heinrich Gähler von Billingen, Baden, zuletzt wohnhaft in Billingen, für tot zu erklären. Der bezeichneter Verstorbenen wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf **Dienstag den 4. Nov. 1913, vormittags 10 Uhr**, vor dem Großh. Amtsgerichte hier anberaumten Aufgebots-termin zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.

In alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verstorbenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebots-termin dem Gerichte Anzeige zu machen. Billingen, 13. Jan. 1913. Gerichtsschreiberei Gr. Amtsgerichts.